

Schule



Ein Blick in die Kantine der Schule An der Burgweide: Hier wird nicht nur gegessen, sondern auch gearbeitet, zum Beispiel an der Schülerzeitung »Burgnews«

Foto: Bettina Theuerkauf für DIE ZEIT

60.000 Euro. Was machen wir damit?

Schulen sollen Kinder auch an die Demokratie herañführen. Dabei sind sie selbst nicht demokratisch. Wie man mit diesem Widerspruch umgeht, zeigt eine preisgekrönte Grundschule in Wilhelmsburg. Ein Besuch VON OSKAR PIEGSA

Die Direktorin ist mitten im Gespräch, da platzt ein Junge in ihr Büro. »Ich muss eine Ansage machen«, sagt er, vielleicht eine Spur zu schroff. Die Direktorin deutet in den Raum: »Du weißt ja, wie es geht.« Der Junge tritt an ein Mikrofon in der Zimmerecke, sammelt sich und drückt auf einen Knopf. »Pling!« macht es aus den Lautsprechern unter der Zimmerdecke, dann hört man seine Stimme doppelt: »Die Mädchen aus der Axolotl-Gruppe bitte zur Schülerzeitung!« Der Junge bedankt sich rasch und verschwindet. Die Direktorin lächelt.

Seit 26 Jahren leitet Regine Seemann die Schule An der Burgweide in Kirchdorf-Süd, einer Hochhaussiedlung in Hamburg. Es gibt idyllischere Wohnlagen in der Stadt – aber nicht viele Grundschulen, die ähnlich gelobt werden. Vor einigen Jahren war sie in der engeren Auswahl für den Deutschen Schulpreis, mit dem besonders innovative Schulen geehrt werden. Im vergangenen Jahr gewann sie diesen Preis und zusätzlich – »darüber haben wir uns fast noch mehr gefreut«, sagt Regine Seemann – einen Sonderpreis für Demokratiebildung.

In der Jurybegründung wird die Schule dafür gewürdigt, dass es ihr gelinge, »Kinder zu ermutigen, selbstwirksam zu handeln«. Und gerade als die Schulleiterin erzählen wollte, wie das im Alltag aussieht, platzt der elfjährige Mohammed rein, um seine Mitschülerinnen auszurufen – und zeigt, dass das keine leeren Worte sind.

Schulen sollen nicht nur die Fachkräfte der Zukunft ausbilden, sondern die Staats-

bürgerinnen und Staatsbürger der Zukunft. Das wird oft betont – gerade mit Blick auf den September, wenn bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern die AfD zur stärksten Kraft werden könnte und in Sachsen-Anhalt sogar zur alleinigen Regierungspartei. Als Anfang 2026 rund 400 neue Lehrkräfte im Hamburger Rathaus vereidigt wurden, schwor die Staatsrätin der Schulbehörde, Katharina von Fintel, sie darauf ein, in politischen Fragen mutig Stellung zu beziehen. »Lehrkräfte sind nie neutral gewesen«, sagte von Fintel. In Bezug auf Parteien, ja, da hätten Lehrkräfte neutral zu sein. »Aber nicht neutral gegenüber Diskriminierung, Menschenfeindlichkeit oder Angriffen auf Demokratie und Rechtsstaat.«

Schule sei »kein wertneutraler Ort«, so formuliert es auch die Kultusministerkonferenz, das wichtigste bildungspolitische Gremium in Deutschland. »So früh wie möglich« sollen Kinder demnach »lernen und erfahren, dass die Demokratie den Menschen die Möglichkeit eröffnet, für sich selbst und die Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen und ihre Rechte einzufordern.« Diesen Beschluss fasste die Kultusministerkonferenz bereits im März 2009, vor der russischen Annexion der Krim, vor der Gründung der AfD, vor dem ersten Wahlsieg von Donald Trump und vor der Einführung von TikTok – aus heutiger Sicht also in einem goldenen Zeitalter des Friedens, der Stabilität und der politischen Mäßigung.

Doch schon damals war »lernen und erfahren« leichter gesagt als getan. »Eine Schule ist kein demokratisches System«, sagt Seemann in ihrem Büro: »Ich wurde von den Kindern nicht gewählt. Vielleicht würden sie mich wählen, wenn man sie ließe.

Aber dazu wird es nicht kommen.« Wie kann eine Schule also den Anspruch erfüllen, Demokratie nicht nur zu »lehren«, sondern »erfahrbar« zu machen?

Die Schule An der Burgweide ist ungewöhnlich, das muss man einmal deutlich sagen. Es beginnt damit, dass es sich um eine von nur vier Grundschulen in Hamburg handelt, die Kinder nicht vier, sondern sechs Jahre lang besuchen. Zudem werden sie hier in den Jahrgängen eins bis drei sowie vier bis sechs gemeinsam unterrichtet. Deshalb gibt es keine Klassen, sondern Lerngruppen mit Namen wie Adler, Alligator oder Axolotl.

Und dann handelt es sich auch noch um eine gebundene Ganztagschule. An drei Tagen der Woche dauert der Unterricht hier nicht wie an anderen Schulen üblich für alle verpflichtend bis 13 Uhr, stattdessen bleiben dann alle Kinder und Lehrkräfte bis 16 Uhr. Das lässt genug Zeit, um nicht allein das Lesen, Schreiben und Rechnen zu üben, sondern auch Demokratie und Mitbestimmung – zumindest war es bislang so, denn ab dem Schuljahr 2027/28 drohen finanzielle Kürzungen bei den Ganztagschulen (siehe das Interview mit der Schulsenatorin auf der linken Seite).

Nicht jeder muss alles können. Aber alle können mitbestimmen

Jeden Donnerstagvormittag findet an der Schule An der Burgweide zum Beispiel die Schülerzeitungs-AG statt, die von einem Lehrer geleitet wird und in der die Kinder neben den »Burgnews«, einer gedruckten Schülerzeitung, auch Blogs und Podcasts erstellen. Und ebenfalls donnerstags tagt die Kiko, kurz für Kinder-

konferenz. Die Kiko ist das höchste Gremium der Mitbestimmung für Schülerinnen und Schüler, einmal im Jahr können sich alle dafür zur Wahl stellen.

An diesem Donnerstag gibt es viele Krankmeldungen, aber immerhin fünf Kinder sitzen rund um einen großen Tisch in einem Klassenzimmer. Der Jüngste ist Emil, er ist neun Jahre alt. Die Älteste ist Manar, sie ist zwölf, also fast eine Teenagerin und auf dem Absprung in die weiterführende Schule. Damit ist die Kiko arbeitsfähig, alle Rollen können besetzt werden. Diese werden vor jeder Sitzung neu vergeben, stehen auf bunten Karten und heißen »Regelwächter*in«, »Moderator*in«, »Protokollant*in«, »Postbot*in« und »Zeitwächter*in«.

Diese Rollen sind so angelegt, dass sie unterschiedliche Kompetenzen erfordern. Wer »Moderator*in« ist, muss bei Diskussionen inhaltlich gut mitkommen und sozial auf andere eingehen können. Wer »Postbot*in« ist, braucht zu Sitzungsbeginn bloß einmal zum Briefkasten zu gehen, um zu schauen, ob jemand etwas eingeworfen hat. Eine Prämisse der Kiko – und ja auch der Demokratie – lautet: Nicht jeder muss dasselbe können. Aber alle können Verantwortung übernehmen.

Die elfjährige Yella moderiert, da kommt der achtjährige Miro rein. »Bin ich zu spät?«, fragt er. »Du kommst genau richtig«, antwortet Yella gnädig, obwohl die Sitzung schon seit fünf Minuten läuft. Dann geht es los mit dem ersten Punkt, den die Kinder für ihre heutige Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt haben: »Essen verbessern«. Es ist ein Dauerbrenner in vielen Schulen: Könnte das Mittagessen nicht leckerer sein? Um

das zu klären, haben die Abgeordneten der Kiko heute die Schulleiterin eingeladen.

Yella: »Es gibt meistens Erwachsenengerichte. Die schmecken nicht allen. Es gibt Kinder, die melden sich deshalb vom Mittagessen ab und können dann gar nichts essen. Das finde ich blöd.«

Frau Seemann: »Was sollte der Koch denn anbieten?«

Emil: »Vielleicht öfter Pfannkuchen?«

»Ist es eine Beleidigung, wenn ich sage: Das Essen ist zu gesund?«

Es wird dann einige Minuten lang über gesundes und weniger gesundes Essen diskutiert. Und darüber, dass das Cateringunternehmen von der Schule extra ausgewählt wurde, weil es Biolebensmittel verwende. Frau Seemann schlägt vor, sie könne einen Termin mit zwei oder drei Kindern und dem Koch vereinbaren. »Aber vorher müssen wir uns überlegen, wie man Bitten und Kritik formuliert«, sagt sie. »Ihr könnt nicht einfach sagen: »Das Essen ist schlecht«, denn das stimmt ja nicht.«

Manar fragt: »Ist es eine Beleidigung, wenn ich sage: »Das Essen ist zu gesund?««

Tagesordnungspunkt zwei: 60.000 Euro. »Das kann man sich kaum vorstellen«, sagt Frau Seemann. »Das ist richtig viel Geld.« Aber es stimmt: Beim Deutschen Schulpreis gab es 60.000 Euro als Preisgeld. Jetzt dürfen Lehrkräfte, Eltern und Kinder Wünsche äußern, was damit gemacht wird. Die Idee eines Ausflugs steht im Raum, die Kiko wägt das Für und Wider ab.

Yella: »Es gibt bei uns Kinder, denen ist ein Ausflug zu viel. Wie haben einen Autisten in der Lerngruppe, dem wird es schon zu viel, wenn wir einen Film gucken.«

Es wird dann einige Minuten lang über Inklusion diskutiert und darüber, wie man einen Ausflug organisieren müsste, damit alle Spaß haben. Ein Mädchen gibt zu bedenken, dass man echt viele Flugzeuge bräuhete, wenn die ganze Schule auf einmal verreisen würde. Frau Seemann regt an, dass vielleicht eine Busreise genügt.

Bei der Sitzung der Kiko fallen zwei Dinge auf: Erstens, die Kinder gehen rücksichtsvoller miteinander um, als man es aus vielen anderen Konferenzen und Parlamenten kennt. Zweitens, sie lernen (und erleben!), dass Demokratie nicht nur bedeutet, dass jeder seine Bedürfnisse äußern darf. Demokratie bedeutet auch, dass man die Bedürfnisse der anderen ernst nehmen muss. Selbst dann, wenn manche Vorhaben dadurch ein bisschen verzwickelt werden.

Kurz vor den Sommerferien fährt die ganze Schule schließlich in den Serengeti-Park, morgens hin, abends zurück. Vorab gab es zu dem Ziel des Ausflugs eigens eine Abfrage in allen Lerngruppen, ganz basisdemokratisch. »Es hatten alle Spaß«, berichtet Regine Seemann anschließend am Telefon, »auch die Kolleginnen und Kollegen!« Und das Mittagessen? Sei besser geworden. Der Koch habe das Feedback der Kinder sehr ernst genommen und biete jetzt auch Nachtisch an. Nicht Crème brûlée, aber Obstkompott, ein guter Kompromiss.

Werden Kinder so zu Demokraten? »Da bin ich mir sicher!«, sagt Regine Seemann. »Wer die Erfahrung macht, dass seine Meinung ernst genommen wird, der geht raus und sagt sie.« Sie schweigt kurz und sagt dann: »Ich glaube, dass viele, die jetzt die Demokratie infrage stellen, in ihrer Schulzeit ganz andere Erfahrungen gemacht haben.«